



HESSISCHER LANDTAG

16. 09. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend humanitäre Hilfe statt Waffen: Verfolgte aus dem Irak jetzt aufnehmen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist entsetzt über die Nachrichten aus Syrien und dem Irak, wo die Organisation "Islamischer Staat" in den von ihr kontrollierten Gebieten ein Gewaltregime errichtet hat und furchtbare Verbrechen an der Zivilbevölkerung begeht. Die Gewaltexzesse der Terrororganisation haben Tausende unschuldiger Menschen das Leben gekostet. Hunderttausende - insbesondere Jesiden, Christen und Angehörige anderer Minderheiten - sind auf der Flucht. Sie sind dringend auf Schutz und die Versorgung mit Hilfsgütern angewiesen.
2. Der Landtag befürchtet, dass die Lieferung von Waffen in die Krisenregion den Bürgerkrieg weiter befeuern und die Sicherheitslage der Zivilbevölkerung weiter verschlechtern wird. Anstelle der weiteren Aufrüstung einer Region, in der es bereits jetzt zu viele Waffen gibt, befürwortet der Landtag in der momentanen Situation konkrete humanitäre Maßnahmen für die von Krieg, Gewalt und Verfolgung betroffenen Menschen, wozu insbesondere auch die Aufnahme von Flüchtlingen zählt.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene umgehend für ein Aufnahmeprogramm des Bundes einzusetzen, um irakischen Geflüchteten zügig, unbürokratisch und ohne finanzielle Hürden Schutz vor dem Bürgerkrieg zu bieten. Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, die durch das Aufenthaltsgesetz eingeräumten Befugnisse zu nutzen und über ein solches Bundesprogramm hinaus durch ein eigenes Landesprogramm Schutz suchenden Irakerinnen und Irakern die Einreise nach Hessen zu ermöglichen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Lehren aus dem Bürgerkrieg in Syrien zu ziehen und umfassende Vorbereitungen für eine großzügige Aufnahme von Geflüchteten aus dem Irak zu treffen. Auf Verpflichtungserklärungen und andere Hürden, die im Fall von syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen dazu führen, dass fast nur wohlhabende Familien eine Chance haben, ihre Verwandten zu sich zu holen, muss verzichtet werden. Hessen muss seinen humanitären Verpflichtungen nachkommen und endlich ein eigenes Aufnahme- und Unterbringungskonzept entwickeln, damit Kommunen ausreichend finanziell ausgestattet sind und Menschen, die in Hessen Schutz suchen, menschenwürdig unterbringen und versorgen können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. September 2014

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler